

Ausstellung in der Gewi-Zweigstelle der UB



„Altes Ägypten in Leipzig“ — unter diesem Thema ist in der Gesellschaftswissenschaftlichen Zweigstelle der UB am Karl-Marx-Platz eine Ausstellung zu sehen. Aus dem reichen Bestand der UB werden Bücher gezeigt, die die Entwicklung der Ägyptologie an unserer Universität von ihren Anfängen um 1820 bis zur Gegenwart dokumentieren...

Erste Kurse im neuen Gebäude sind angelaufen

Am 13. Oktober besuchte der Rektor Prof. Dr. sc. L. Rathmann das Institut zur Weiterbildung von Sprachmittlern (IWS), das in Grünau entsteht. Dabei überzeugte er sich davon, daß die konzeptionellen Arbeiten planmäßig verlaufen und daß die Mitarbeiter des Instituts alles tun, um die ersten Weiterbildungslehrgänge für 1984 inhaltlich und organisatorisch zu sichern...

Neuer Leiter des Traditionskabinetts

Nach dem Ausscheiden von Genossen Dr. Werner Hertzsch aus dem Arbeitsprozeß hat der Rektor mit Wirkung vom 1. September Doz. Dr. Gerhard Selter mit der Leitung des Traditionskabinetts der KMU beauftragt. Genosse Dr. Hertzsch wurde vom Rektor verabschiedet und für seine geleistete Arbeit mit dem Ehrennadel der KMU ausgezeichnet.

Führungen durch das Traditionskabinett werden bei rechtzeitiger Anmeldung (mindestens zwei Wochen vorher) täglich durchgeführt. (Anmeldungen über Kolln, Maria Bude, Tel.: 72 33).

Vorstellungen im Ausstellungszentrum

Eine Führung durch die Ausstellung „Luther und Leipzig“ im Ausstellungszentrum der Karl-Marx-Universität in der Goethestraße 2 wird wieder am 2. November, 19 Uhr, von Kustos Rainer Behrends durchgeführt. Am 10. November spricht er 18 Uhr in der Ausstellung zum Thema „Die bildende Kunst in Leipzig zur Zeit Luthers“.



Redaktionskollegium: Dr. Wolfgang Lenhart (verantwortl. Redakteur); Gudrun Schaufuß (stellv. verantwortl. Redakteur); Steffi Grünwald, Jürgen Siewert, Christa Marx (Redakteure); Martin Didsch, Dr. Wolfgang Haack, Dr. Karl-Wilhelm Haack, Dr. Hans-Joachim Heintze, Dr. Günter Katsch, Dr. Roland Milner, Dr. Jochen Schievelog, Dieter Schmechel, Dr. Karlo Schröder, Prof. Dr. Wolfgang Weiler, Siegfried Wolff.

Anschrift der Redaktion: 7010 Leipzig, Ritterstr. 8-10, Postfach 920, Ruf-Nr. 7 19 74 59/4 66.

Satz und Druck: LVZ-Druckerei „Hermann Dunder“ III 18 138 Leipzig. Veröffentlicht unter Lizenznummer 65 des Rates des Bezirkes Leipzig. Bankkonto 3622-32-550 000.

Einzelpreis 15 Pfennig. 26. Jahrgang, erscheint wöchentlich. Die Redaktion ist Träger der Ehrenmedaille der KMU und der DSF-Ehrennadel in Gold.

KMU-Angehörige und Leipziger bekundeten ihren Friedenswillen

Noch nie seit dem Ende des zweiten Weltkrieges war die Lage so ernst, ist auch unser Leben wie das vieler Millionen überall auf der Erde so bedroht wie heute. Aggressive imperialistische Kräfte, vor allem in den USA, haben durch Hochrüstung, politische Konfrontation und militärische Provokation, durch Wirtschaftskrieg und einen humanistischen ideologischen Kreuzweg dem Fortschritt den Krieg erklärt und eine äußerst komplizierte Situation in der internationalen Arena geschaffen. Und jetzt wollen die gleichen Kräfte, die so viel Unheil und Spannungen in der Welt verbreiten, zu allem noch neue gefährliche Nuklearwaffen in Westeuropa inszenieren, um sich die militärische Überlegenheit gegenüber dem Sozialismus zu sichern.

Diese Stationierung neuer Waffen, der Fernflug-Raketen und der Marschflugkörper, ist nicht abschließend eine Aufstockung schon vorhandener nuklearer Sprengköpfe, von denen bereits über 5000 in der BRD lagern. Nein, damit werden die Instrumente in Stellung gebracht, die dazu dienen sollen, die Konzeption des USA-Präsidenten Reagan von einem „führbaren“ und „gewinnbaren“ Atomkrieg in Europa in die Tat umzusetzen.

Deshalb ist die Stationierung der neuen USA-Raketen ein friedensfeindlicher Schritt von prinzipieller Tragweite. Sie macht die Bundesrepublik zur größten und gefährlichsten Abschuldrampe für Atomwaffen in der Welt. Und erneut zöge die katastrophale Gefahr herauf, daß deutscher Boden zum Ausgangspunkt eines Weltkrieges — diesmal eines alles vernichtenden Atomkrieges würde.

Das darf nicht sein — das wird nicht sein! Wir haben unser Land nicht wieder aufgebaut und es schöner als je zuvor gestaltet, um es erneut der Vernichtung preiszugeben.

Wenn es zur Stationierung der qualitativ neuen Kernwaffen der USA in Westeuropa kommt, dann werden wir die Gegenmaßnahmen ergreifen, die dem Maß der Bedrohung entsprechen. Doch geht es uns nicht um eine neue Rüstungsrunde, um eine Kraftprobe. Wir wissen um die Gefahren, die von einer weiteren Anhäufung atomarer Waffen für Europa und die Welt ausgehen. Wir sind prinzipielle Gegner eines Wettlaufs bei der Produktion und Anhäufung von Massenvernichtungswaffen. Uns ist nicht an einer weiteren Zuspitzung der internationalen Lage gelegen. Sondern wir meinen — wie Erich Honecker in seinem Brief an Bundeskanzler Kohl schrieb — nicht neue Massenvernichtungsmittel, nicht neue Raketen, nicht Konfrontation und Politik der Stärke, sondern Rüstungsstopp und Abrüstung, Zusammenarbeit und friedliches Miteinander.

Für den Frieden ist uns keine Anstrengung zu groß

Aus der Ansprache von Bärbel Schindler-Saefkow, Mitglied des Weltfriedensrates und Mitglied des Präsidiums des Friedensrates der DDR auf dem Meeting am 18. 10.

wünschen und brauchen die Völker Europas und insbesondere die Bürger der beiden deutschen Staaten.*

Die Staaten des Warschauer Vertrages haben der Weltöffentlichkeit immer neue Vorschläge unterbreitet. Dazu hat unsere Regierung u. a. erklärt, daß sie das gesamte Territorium der DDR für eine von

nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone in Mitteleuropa zur Verfügung stellt. Für den Frieden ist uns keine Anstrengung zu groß. Dafür leisten wir, jeder jeden Tag an seinem Arbeitsplatz sein Bestes, um unsere Friedensrepublik in jeder Hinsicht zu stärken und den Sozialismus unangreifbar zu machen. Das ist unser täglicher Dienst am Frieden!

Im Namen des Friedensrates der DDR erkläre ich: Wir, die Vertreter aller Schichten unseres Volkes, die sich in der einheitslichen Friedensbewegung unseres Landes engagieren, stimmen mit dieser auf Frieden und Abrüstung gerichteten Politik unseres Staates voll überein. Wir werden diese Politik immer und überall mittragen und unterstützen. Die Einheit von Staatspolitik, Friedensbewegung und Volkswillen ist das Fundament unserer Friedenspolitik. Diese erprobte Gemeinsamkeit werden wir hüten und von niemandem zerstören lassen!

Wir erleben in diesen Tagen neue große Massenaktionen der Friedenskräfte der ganzen Welt. In diesen Tagen und Wochen geben in Westeuropa, den USA, Japan sowie in anderen Teilen der Welt Millionen Menschen auf die Straße, um für das Leben, gegen den Atomtod zu demonstrieren. Westeuropäische Hauptstädte sind Schauplätze gewaltiger Manifestationen, mit denen die Friedensbewegungen ihre feste Entschlossenheit bekunden, alles zu tun, um die Aufstellung der USA-Erstschlagsraketen in Westeuropa zu verhindern. Dabei können sich die breiten Aktionsblöcke, die immer neue Schichten und Berufsgruppen erfassen, auf den klar geäußerten Willen der Bevölkerungsmehrheit stützen.

Überall in Westeuropa oder den USA und Japan, wo die Menschen Gelegenheit hatten, in Befragungen und Abstimmungen ihre Meinungen zu sagen, haben sich 65 bis 75 Prozent gegen die geplante Stationierung ausgesprochen.

Zu dieser Mehrheit der Friedenswilligen bekennen wir uns! Allen Friedenskämpfern, die in diesen Tagen vor allem in den fünf westeuropäischen Stationierungsländern und in den USA sich in persönlichem Einsatz, mit Mut und Standhaftigkeit den atomaren Abenteuer in den Weg stellen, gilt unser solidarischer Gruß und unsere volle Unterstützung.

Die Volksmassen haben die Kraft und die Möglichkeit, die NATO-Strategie zu durchkreuzen und die Aufstellung der atomaren Erstschlagsraketen in Westeuropa zu vereiteln. Die Kräfte des Friedens sind stark — und ihre Stärke wächst von Woche zu Woche weiter an. Sie können den Frieden bewahren, ein neues, atomares Wettrennen verhindern und die Gefahr eines Kernwaffenkrieges bannen, wenn sie machtvoll, einig und entschlossen handeln. Im Namen des Lebens und des Friedens stimmen wir ein in den weltweiten Ruf: Schluß mit dem atomaren Wettrennen! Verhindert die Stationierung der USA-Raketen in Westeuropa! Macht unseren Kontinent atomarwaffenfrei! Europa darf kein Hiroshima werden!



In meiner Verantwortung als Arzt und Hochschullehrer: Nein zur Stationierung neuer Raketen in Westeuropa

Beitrag von Prof. Dr. sc. med. Karl-Eugen Ruckhöberle, Universitätsfrauenklinik, auf dem Friedensmeeting

Die weitere Verschärfung der gegenwärtigen Situation durch den Konfrontations- und Hochrüstungskurs der USA-Administration provoziert eine akute Bedrohung des Friedens sowie des Lebens auf der Erde überhaupt. Das ist für mich Veranlassung, auf dem heutigen Friedensmeeting meiner persönlichen Verantwortung für den Frieden und sozialen Fortschritt gerecht zu werden und mich entschieden gegen eine solche menschenfeindliche Politik auszusprechen.

Ich wende mich gegen diese imperialistische Kriegspolitik in meiner Verantwortung als Arzt, der als Geburtshelfer den Schutz werdenden Lebens garantieren will und nicht nach dem Inferno eines Atomkrieges die Erkenntnis absoluter Ohnmacht jeglicher Hilfeleistung benötigt. Meine Kollegen aus Ost und West haben in der internationalen Bewegung „Ärzte für den Frieden“ in den zurückliegenden Wochen und Monaten immer wieder auf die Schizophrenie und das Verbrechen der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in Westeuropa hingewiesen.

Ich verurteile die Hochrüstungspolitik als Wissenschaftler, der weiß, daß durch die westliche Rüstungsexplosion und die damit angestrebte Verschiebung des strategischen Gleichgewichts ein Mißbrauch geistiger und finanzieller Potenzen eingeleitet worden ist.

Ich protestiere gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Westeuropa in meiner Verantwortung als Hochschullehrer für die Ausbildung und Erziehung einer jungen Generation zu sozialistischen Arztpersönlichkeiten, die bereit sind, ihren eigenen aktiven Beitrag für die Erhaltung des Friedens zu leisten.

Aus all diesen Gründen wende ich mich entschieden gegen die Sta-

tionierung neuer Waffensysteme, die als Erstschlagsraketen auf die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten — damit auch auf unsere Republik — gerichtet sind. Es sind strategische Waffen, deren Auf-

stellung das militärstrategische Gleichgewicht zerstören würde. In dieser Situation haben wir uns versammelt, um gemeinsam unseren Willen nach Beendigung der neuen Runde atomaren Wettrennens und nach Abwendung der damit erhöhten Kriegsgefahr zu bekunden.

Peter Friedrich, Meister im VEB Kombinat Starkstromanlagenbau:

Wir Arbeiter schützen, was wir geschaffen haben

Wenn ich durch unsere schöne Heimatstadt Leipzig gehe, wenn ich mich hier auf diesem traditionsreichen Karl-Marx-Platz umsehe, so muß ich sagen: Ich fühle mich wohl hier in dieser Stadt, wie überhaupt in unserem Land. Und ich bin auch stolz auf all das Geschaffene. Mit Recht!

Denn in all dem, was uns hier umgibt — das schöne neue Gewandhaus, die in aller Welt bekannte Karl-Marx-Universität, das Opernhaus, die Post und drüben die Wohnhäuser am Ring — in all dem steckt die Arbeit unserer Hände als Elektromonteur des Starkstrom-Anlagenbau Leipzig. Hier haben wir wie überall hieszulande unsere Spur der Kabel gezogen.

Ich habe in diesem Betrieb gelernt, habe meinen Meister gemacht und bin als Fernmonteur im ganzen Land herumgekommen. Unsere Handschrift als Elektromonteur ist in den großen Chemiekombinaten Bitterfeld und Schwedt ebenso zu finden wie in den Hochhäusern von Berlin-Marzahn und bei der elektrotechnischen Ausrüstung der Braunkohlebagger.

Das ist schon ein gutes Gefühl, an diesem Haus des Sozialismus sozusagen mit Stein auf Stein gesetzt zu haben. Und das alles, was uns wert und teuer ist, für das wir Verstand, Kraft und Leidenschaft geben, soll in einem atomaren Feuer verbrennen? Soll zu einer toten Atomwüste werden?

Nein! Wir wollen und werden leben! Denn wir sind viele und wir sind stark. Auch weil wir wissen, daß unser Werk verteidigungswert ist. Wir Arbeiter schützen das, was wir geschaffen haben. Das soll den Hochrüstern der NATO in den Ohren gellen.

Ich selbst habe drei Jahre bei der Nationalen Volkarmee dem Schutz unseres Landes gedient. Und ich bin sehr froh darüber, daß auch mein Sohn mit der Waffe in der Hand für unseren Arbeiter- und Bauern-Staat einsteht.

Ich stelle die Frage: Wo bleibt die Antwort der Reagan-Administration und der NATO auf den konstruktiven Vorschlag der Sowjetunion — auf die Erstanwendung von Atomwaffen zu verzichten?

Meine Forderung nach Beendigung der imperialistischen Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik ist zugleich Bekenntnis zur unerschütterlichen Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Sie kommt in den weitgehenden Angeboten der UdSSR für einen Raketenabbau und dem unbeirrbareren Wirken für eine Wende zum Besseren zum Ausdruck, wie sie erst in der jüngsten Erklärung des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Juri Andropow, erneut ausgesprochen wurde.

Sie ist ein Bekenntnis zu dem vom Warschauer Pakt vorgeschlagenen Vertrag über Verzicht auf Gewaltanwendung und für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen, wie es in den letzten Tagen von den Außenministern der Warschauer Vertragsstaaten erneut bekräftigt wurde.

Sie ist aber auch ein Bekenntnis zum gemeinsamen Appell von SED, DDP und SEW sowie zum nachdrücklichen Appell des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, an den Bundeskanzler Helmut Kohl, alles zu unternehmen, daß von deutschem Boden niemals mehr ein Krieg ausgeht und eine nukleare Katastrophe durch eine Koalition der Vernunft verhindert wird.

Wir fordern an dieser Stelle ein Abkommen in Genf auf der Basis der Gleichheit und der gleichen Sicherheit. Wenn in den nächsten vier Wochen keine Einigung erzielt werden kann, ist es besser, weiterzuverhandeln anstatt zu stationieren.